

Postulat

über die Schulbauten- und Schulraumplanung

Gestützt auf Art. 34 und Art. 35 der Geschäftsordnung des Landtags (LGBL 1997 Nr. 61) reichen die unterzeichnenden Abgeordneten der Fortschrittlichen Bürgerpartei folgendes Postulat ein:

Der Landtag wolle beschliessen:

Die Regierung wird eingeladen, einen Bericht über die Schulbauten- und Schulraumplanung zu erstellen, welcher künftigen Infrastrukturdiskussionen dienen und die Planung und Zuteilung von Infrastrukturen erleichtern soll. Folgende Themen sollen im Bericht dargestellt werden:

- a) Die Ist-Situation sämtlicher von der öffentlichen Hand finanzierten und geführten Schulen, Schulstufen- und Klassen mit der jeweiligen Anzahl Schülerinnen und Schüler und der dort unterrichtenden Lehrpersonen sowie der Unterbringung und der Gebäude- und Raumsituation der Schulen.
- b) Die Entwicklung der Schülerzahlen über die nächsten 10 Jahre nach Schulen und Schulstufen;
- c) Eine Planungsübersicht über geplante Infrastrukturerweiterungen, -sanierungen und Neubauten inklusive Sportanlagen und über entsprechende Ansuchen seitens der Schulen und Schulstufen;
- d) Eine Uebersicht über Rückmeldungen der einzelnen Schulen und Schulstufen über die jeweilige Infrastruktursituation im Sinne einer Eigenbeurteilung der Direktbetroffenen. Darin soll auch beantwortet sein, ob die Räumlichkeiten den Ansprüchen für Mittags- und Ganztagesbetreuung genügen und ob ausreichend Raum für Fachbereiche wie musischen oder naturwissenschaftlichen Unterricht vorhanden ist.

Begründung:

Erst kürzlich wurden im Landtag kleine Anfragen zu den Räumlichkeiten von Schulen gestellt, konkret betreffend die Berufsmittelschule BMS, die Realschule Schaan sowie die Sportschule Liechtenstein. Daraus lässt sich schliessen, dass die Räumlichkeiten unserer Schulen oft Anlass zu Diskussionen geben. Teils sind Gebäude schon sehr in die Jahre gekommen und haben daher möglicherweise Sanierungsbedarf, teils sind Schulen nur suboptimal untergebracht oder stossen an räumliche Kapazitätsgrenzen während andere vielleicht eine komfortablere Raumsituation haben. Zudem wurde im Landtag ein Finanzbeschluss betreffend den Bau eines Schulzentrums Unterland II gefasst, wobei noch unklar ist, ob dieser Bau überhaupt erforderlich ist und welche Schule oder Schulstufen dort untergebracht werden sollen.

Um hier über die nächsten 10 Jahre eine bessere Planungsgrundlage zu haben, wünschen sich die Postulanten einen Bericht über die Ist-Situation sowie einen Ausblick in die Zukunft. Nach diesem ersten Bericht könnte es sowohl für die Regierung als auch für den Landtag von Vorteil sein, diesen Bericht alle fünf Jahre neu vorzulegen.

Die Postulanten sind sich bewusst, dass es für die künftige Entwicklung von Schulen und entsprechenden Infrastrukturen notwendig sein wird, Antworten bezüglich der Bildungspolitik in Liechtenstein zu finden. Dennoch müssen wir heute schon Klarheit haben über die Entwicklungen, die absehbar sind. Dazu zählen auch Angaben über Geburtenraten und die Entwicklung in den Kindergärten als erstes Indiz für die kommenden Jahre. Notwendig gewordene Investitionen in die Infrastruktur müssen auch ohne Klarheit über die stark verzögerte Richtung der Bildungspolitik koordiniert geplant und getätigt werden.

Vaduz, 1. Juni 2010



2